

### **L4-Beschluss Partizipa(k)tion - Für mehr Selbst- und Mitbestimmung junger Menschen!**

Antragsteller\*in: Mitgliederversammlung  
Beschlussdatum: 22.04.2017  
Tagesordnungspunkt: 6. Demokratie

#### **Antragstext**

917 Demokratie und Mitbestimmung sind Aspekte eines selbstbestimmten Lebens, das  
918 allen zusteht. Um Selbstbestimmung zu ermöglichen, muss Partizipation an der  
919 Gestaltung des Zusammenlebens sichergestellt sein. Junge Menschen werden jedoch  
920 strukturell davon ausgeschlossen und die Gestaltung ihres Lebens ist zu einem  
921 großen Teil fremdbestimmt - sei es in Schule zuhause oder bei politischer  
922 Mitbestimmung . Ihnen wird ständig die Fähigkeit abgesprochen, für sich  
923 selber zu sprechen. Ihre Erfahrungen und Meinungen werden abgewertet und  
924 ignoriert.

925 Wer wirklich etwas für die Interessen junger Menschen tun will, muss ihnen auch  
926 das Recht geben, zu entscheiden, an was und wo sie sich beteiligen wollen. Viele  
927 junge Menschen wollen sich engagieren, wenn sie die Möglichkeit haben und wenn  
928 sie sehen, dass ihre Beteiligung etwas bewirkt. Leider sind die Möglichkeiten  
929 für Beteiligung und Selbstbestimmung sehr unübersichtlich, gerade für  
930 Menschen mit noch wenig politischer Erfahrung. So gibt es eine Vielzahl  
931 unterschiedlicher Maßnahmen, Akteur\*innen und Organisationen, die oftmals  
932 unkoordiniert nebeneinander stehen. Hinzu kommt, dass junge Menschen in die  
933 gesetzgeberischen Prozesse nicht eingedacht werden, wodurch es große Hürden  
934 mit sich bringt sich einzubringen und sich ihre Lebensrealität in den  
935 Ergebnissen nicht widerspiegelt .

936 Junge Menschen zu beteiligen bedeutet, sie dazu zu befähigen und ihnen zu  
937 ermöglichen, in Gremien mitzubestimmen, die im Regelfall von sehr viel älteren  
938 Menschen dominiert werden.

939 Wir wollen jungen Menschen die Möglichkeit bieten, sich in bereits bestehenden  
940 und neu zu schaffenden demokratischen Prozessen einzubringen, aber auch als  
941 Einzelperson viel zu erreichen. Doch das ist nur ein erster Schritt. Er  
942 gewährleistet, dass die Stimmen junger Menschen eher Eingang in die Debatte  
943 finden.

944 Grundsätzlich spielt sic eine Demokratie in einer Gesellschaft, die auf  
945 Herrschaft basiert, in begrenzten Räumen ab. Unser Ziel ist es, diese zu  
946 erweitern.

947 **Beteiligung in der Bildung**

948 Um echte Mitbestimmung zu ermöglichen, braucht es mündige Bürger\*innen. Es  
949 wird jedoch wenig daran gesetzt, junge Menschen zu solchen zu erziehen.  
950 Stattdessen wird in der politischen Bildung an einem rein formalen Begriff von  
951 Partizipation festgehalten und es bleibt bei einem Informieren über Abläufe  
952 und der Aufforderung zur Einbringung in Entscheidungsprozesse stehen. Die  
953 Menschen sollen dazu befähigt werden, aus vorgegebenen Alternativen zu wählen.  
954 Ein Einbringen in die Inhalte der Entscheidungen ist damit jedoch bei weitem  
955 nicht gegeben.

956 Das Fehlen eines inhaltlichen Partizipationsbegriff steht einer echten  
957 Mitbestimmung entgegen. Hier grenzt sich der Begriff der kritischen politischen  
958 Bildung von dem der politischen Bildung ab. Ziel von kritischer politischer  
959 Bildung ist es, Menschen zur Mündigkeit zu erziehen. Das bedeutet, ihnen zu  
960 ermöglichen, gesellschaftliche Verhältnisse zu erkennen und zu hinterfragen  
961 und die Befähigung zur Reflektion der eigenen Meinung und des eigenen  
962 Wertekanons, der zu dieser Meinung führt. Dadurch wird ermöglicht, dass junge  
963 Menschen eine fundierte Meinung über ihre Interessen und derer ihrer  
964 Mitmenschen entwickeln und einfordern. Kritische politische Bildung bedeutet in  
965 ihrer Konsequenz, dass junge Menschen Möglichkeiten praktischer Beteiligung  
966 selber ergreifen.

967 Nicht nur spielt Partizipation momentan in Schulen eine zu geringe Rolle,  
968 sondern es wird weiterhin an einem hierarchischen Verhältnis von Schüler\*in  
969 und Lehrer\*in festgehalten. Schüler\*innen sollen auswendiglernen, aber nicht  
970 hinterfragen oder mitgestalten. Schulalltag ist jedoch politisch. Eine kritische  
971 politische Bildung muss dies beachten. Herrschaftsverhältnisse in  
972 pädagogischen Einrichtungen müssen thematisiert werden. Unterricht muss als  
973 gemeinsames Lernen begriffen werden, in dem die\*der einzelne Schüler\*in gefragt  
974 ist. Schüler\*innen sind keine anonyme Masse, die Informationen abspeichern  
975 soll! Schule muss von allen die dort lernen, lehren, arbeiten und sind als  
976 gemeinsamer Raum verstanden werden und gemeinsam gestaltet werden.

977 Ein erster Schritt, um eine umfassende und reflektierte Partizipation zu  
978 ermöglichen, ist eine entsprechende Schulung von Pädagog\*innen. In den  
979 Universitäten wird jedoch kaum Wert auf einen kritischen politischen  
980 Bildungsbegriff gelegt und auch die Lehrpläne sehen ein einseitiges  
981 Machtgefälle vor. Wir setzen uns daher dafür ein, sowohl die Lehrpläne für  
982 Schulen als auch für Universitäten anzupassen und die Konzepte kritischer  
983 politischer Bildung darin nicht nur für den Politikunterricht, sondern für  
984 Unterrichtsgestaltung insgesamt zu verankern.

985 Neben dem Bemächtigen von Schüler\*innen zur Teilhabe muss es klare Strukturen  
986 geben, durch die sich eingebracht werden kann.

987 Klassensprecher\*innen und Schüler\*innenvertretungen sind ein erster Schritt,  
988 der jedoch häufig von Lehrer\*innen und der Schulleitung als störend empfunden  
989 und teilweise sogar behindert wird. Dabei muss klar sein, dass eine Schule ohne  
990 die Einbeziehung der Interessen von Schüler\*innen kein Raum für Schüler\*innen  
991 sein kann. Daher muss an allen Schulen die Möglichkeit bestehen, sich in einer  
992 Schüler\*innenvertretung zu engagieren, sie zu wählen und die eigenen Anliegen  
993 dort einzubringen.

994 Dieser Vertretung muss je nach Schulform eine unterschiedliche Rolle zukommen,

995 da die pädagogische Betreuung an Grundschulen eine andere sein muss als an  
996 Berufsschulen. Trotzdem muss jeder Vertretung nicht nur Mitspracherecht gewährt  
997 werden, sondern ihr Platz in der Gestaltung des Schulalltags als  
998 Selbstverständlichkeit bestehen.

999 Das allgemeinpolitische Mandat von Sven muss anerkannt werden.

1000 Einbringen muss zu Mitgestaltung führen und darf nicht als Frust- und  
1001 Stressfaktor im Kampf zwischen Schüler\*innen und Lehrer\*innen für schlechte  
1002 Noten sorgen. Ähnlich einer Drittelparität an Universitäten muss auch ein  
1003 paritätisches Konzept für die verschiedenen Schulformen gelten, bei dem alle  
1004 Statusgruppen, das heißt, alle Menschen die am Schulalltag beteiligt sind,  
1005 entsprechend eingebunden werden.

1006 Gleiches gilt für die Gestaltung von Lehrplänen und Unterrichtsmethoden: Auch  
1007 hier müssen alle die es betrifft eingebunden werden, also vor allem auch  
1008 Schüler\*innen selbst! Dafür sind Landesschüler\*innenvertretungen nötig, die  
1009 jedoch noch von einzelnen Schulen abgelöst sein dürfen, sondern auf die jede\*r  
1010 Schüler\*in Einfluss haben muss. Um Schüler\*innenvertretungen auf allen Ebenen  
1011 sicherstellen zu können, muss es eine dem Alter und der Struktur angemessene  
1012 pädagogische Betreuung gewährleisten sein.

1013 Zur Mitbestimmung einer Schule gehört auch die unabhängige und eigenständige  
1014 Gestaltung einer Schüler\*innenzeitung. Für dieses Recht machen wir uns stark.

### 1015 **Für mehr Beteiligung in Parlamenten**

1016 Die Partizipation von jungen Menschen darf sich nicht allein auf die  
1017 institutionelle Ebene begrenzen, doch Verbesserungen in diesem Bereich sind ein  
1018 essentieller Schritt für mehr Mitbestimmung. Das umfasst sowohl die Erweiterung  
1019 der Rechte und Kompetenzen von Vertretungsorganen, die stärkere  
1020 Berücksichtigung der Interessen von Kindern und Jugendlichen in  
1021 parlamentarischen Prozessen, als auch die einfachere Beteiligung von jungen  
1022 Menschen bei Wahlen.

### 1023 **- Kinder- und Jugendräte stärken**

1024 Wir wollen nicht, dass über die Köpfe von jungen Menschen hinweg entschieden  
1025 wird. Stattdessen machen wir uns dafür stark, dass Jugendliche und Kinder  
1026 mitreden können, wenn sie betroffen sind. Besondere Relevanz hat dabei die  
1027 kommunale Ebene. Wir fordern deshalb eine Reform der Gemeindeordnung in allen  
1028 Bundesländern nach dem Vorbild von Schleswig-Holstein, wo vorgesehen ist, dass  
1029 Kommunen sicherstellen müssen, dass junge Menschen in alle Prozesse, die sie  
1030 betreffen, mit einbezogen werden. Eine Schlüsselrolle nehmen dabei die Kinder-  
1031 und Jugendräte ein. Diese bieten die Möglichkeit, dass junge Menschen ihre  
1032 Lebensrealität und Erfahrungen einbringen können. Noch immer sind solche Räte  
1033 jedoch nicht flächendeckend existent und diese Möglichkeit steht somit nicht  
1034 allen jungen Menschen offen. Deshalb fordern wir die Festschreibung von  
1035 Repräsentationsorganen für Kinder und Jugendliche auf kommunaler Ebene, wobei  
1036 insbesondere die Legitimationsverfahren und Rechte dieser Organe konkretisiert  
1037 und vereinheitlicht werden müssen. Wir sehen dabei grundsätzlich ein

1038 repräsentatives System vor, bei dem neben einer bestimmten Altersgrenze keine  
1039 weiteren Zugangsrestriktionen bestehen. Das bedeutet, dass alle jungen Menschen,  
1040 die an einem bestimmten Ort wohnen, sich auch unabhängig von ihrer  
1041 Staatsangehörigkeit an diesen Wahlen beteiligen können. Dieses repräsentative  
1042 System soll punktuell um Mittel der direkten Demokratie ergänzt werden. Die  
1043 Arbeit dieser Repräsentationsorgane muss auch ernst genommen und  
1044 berücksichtigt werden. Denn sie sollen nicht zur Scheinpartizipation verkommen.  
1045 Deshalb setzen wir uns für ein Rede- und Antragsrecht aller Kinder- und  
1046 Jugendräte in den äquivalenten Parlamenten ein. In den für die Kinder- und  
1047 Jugendarbeit relevanten Ausschüssen soll ihnen außerdem das Stimmrecht  
1048 eingeräumt werden. Außerdem muss durch Transparenz und einen ausreichenden  
1049 Informationsfluss sichergestellt werden, dass die Arbeit der Kinder- und  
1050 Jugendräte überhaupt möglich ist. Darüber hinaus setzen wir uns für die  
1051 Etablierung eines Repräsentativorgans im Sinne der Kinder- und Jugendräte auf  
1052 Landesebene ein, das sich aus gewählten Vertreter\*innen der kommunalen Ebene  
1053 zusammensetzt.

### 1054 - **Kinder und Jugendliche mitdenken**

1055 Die Interessen von Kindern und Jugendlichen müssen auch dort mit bedacht  
1056 werden, wo sie nicht direkt beteiligt sind. Deshalb setzen wir uns dafür ein,  
1057 dass alle Länder und der Bund ein kinder- und jugendpolitisches Programm  
1058 festlegen. Dadurch werden die jeweiligen Regierungen verpflichtet, konkrete  
1059 Ziele festzulegen und der Druck, diese auch tatsächlich durchzuführen, wird  
1060 erhöht. Außerdem fordern wir auf Landesebene die Einführung des Postens  
1061 einer\*eines Kinder- und Jugendbeauftragten. Diese\*r hätte die Möglichkeit,  
1062 eigene Projekte zur Förderung von Kindern und Jugendlichen umzusetzen und  
1063 Missstände festzustellen und zu beheben, wodurch sich die Qualität der Kinder-  
1064 und Jugendförderung langfristig verbessern würde. Außerdem machen wir uns  
1065 für den Kinder- und Jugendcheck innerhalb der Gesetzgebung stark. Das bedeutet,  
1066 dass das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die  
1067 Aufgabe, aber auch die Berechtigung bekommt, bundespolitische Vorhaben auf ihre  
1068 Vereinbarkeit mit den Interessen der jungen Generation zu überprüfen. So kann  
1069 sichergestellt werden, dass die Belange und Bedürfnisse von Kindern und  
1070 Jugendlichen auf der legislativen Ebene nicht vergessen werden.

### 1071 **Jugend in die Parlamente**

1072 Wahlen stellen ein zentrales Element einer repräsentativen Demokratie dar.  
1073 Deshalb wollen wir die Handlungs- und Entscheidungsmöglichkeiten von  
1074 Jugendlichen in diesem Bereich stärken – sowohl an der Wahlurne als auch auf  
1075 Wahllisten. Wir setzen uns nach wie vor für das Wahlalter 0 ein, da wir davon  
1076 überzeugt sind, dass jeder Mensch unabhängig von seinem Alter das Recht auf  
1077 demokratische Mitbestimmung hat (siehe Beschluss "Demokratie ist mehr als nur  
1078 ein Kreuzchen"). Darüber hinaus unterstützen wir Projekte, die es sich zum  
1079 Ziel gesetzt haben, Erstwähler\*innen zu unterstützen. Doch wir wollen nicht  
1080 nur beim aktiven, sondern auch beim passiven Wahlrecht von jungen Menschen  
1081 ansetzen. Wir setzen uns dafür ein, dass mehr junge Menschen in Parlamente  
1082 kommen und dort für neue Perspektiven sorgen und die Interessen unserer  
1083 Generation vertreten. Gerade im Moment scheitern jedoch die meisten Parteien,  
1084 auch Bündnis 90/Die Grünen, in weiten Teilen daran, jungen Menschen diese  
1085 Chance zu geben. Dadurch werden eine sinnvolle Erneuerung und eine notwendige  
1086 Wissensweitergabe verhindert. Deshalb kämpfen wir für die Einführung einer  
1087 Neuenquote von 33% bei allen Landeslisten!

**1088 Beteiligung braucht Ermöglichung**

1089 Wenn wir Beteiligung junger Menschen ermöglichen wollen, dann braucht es dazu  
1090 die entsprechenden Rahmenbedingungen. In einem kapitalistischen System bedeutet  
1091 dies auch ihnen Zugang zu den dafür benötigten Ressourcen zu ermöglichen.

1092 Maßnahmen für die Beteiligung von jungen Menschen werden oft mit dem Argument  
1093 zu geringer Finanzmittel entweder zu Scheinpartizipation degradiert oder ganz  
1094 vermieden. Gerade Projekte auf kommunaler Ebene, wie z.B. Kinder- und  
1095 Jugendparlamente, leiden darunter. Beteiligungsstrukturen brauchen eine  
1096 abgesicherte Finanzierung. Demokratie darf keine Geldfrage sein!

1097 Beteiligung braucht Zeit. Diese muss Jugendlichen auch zur Verfügung gestellt  
1098 werden, wenn Beteiligung ermöglicht werden soll. Die Restriktionen der  
1099 kapitalistischen Leistungsgesellschaft dürfen nicht dazu führen, dass die  
1100 Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen eingeschränkt werden.

1101 Jungen Menschen muss von staatlichen Institutionen die Zeit für Beteiligung  
1102 garantiert werden. Junge Menschen dürfen durch ihr politisches Engagement z.B.  
1103 in Jugendparlamenten keinen schulischen Nachteil haben.

1104 Wirkliche Beteiligungsprozesse können nur auf Augenhöhe stattfinden! Alter und  
1105 mangelnde Erfahrung sind kein Argument. Die Große Koalition ist dabei nur eines  
1106 von vielen Beispielen, dass man eine Sache auch viele Jahre lang schlecht machen  
1107 kann.

1108 Die Beteiligung junger Menschen ist ein Feld mit vielen unterschiedlichen  
1109 Akteur\*innen und Maßnahmen. Doch oft kommunizieren diese nicht miteinander, die  
1110 Maßnahmen stehen nebeneinander und widersprechen sich teilweise sogar. Als  
1111 GRÜNE JUGEND fordern wir daher, dass sich die unterschiedlichem Akteur\*innen  
1112 hinsichtlich ihrer Maßnahmen untereinander abstimmen müssen.

**1113 Wir wollen Beteiligung!**

1114 Als GRÜNE JUGEND bekennen wir uns klar und deutlich zu Selbstbestimmung und  
1115 Mitbestimmung.

1116 Als Jugendverband einer politischen Partei sehen wir es als unsere Aufgabe, die  
1117 Interessen und Perspektiven junger Menschen in die Partei und darüber auch  
1118 hinaus in die Welt tragen.

1119 Wir sind ein Sprachrohr junger Menschen in die Politik. Es lohnt sich auf allen  
1120 Ebenen für die Teilhabe junger Menschen zu streiten. Doch das kann nur ein  
1121 erster Schritt sein: Letztlich geht es darum die Räume für die Beteiligung  
1122 aller zu erweitern. Wenn junge Menschen einbezogen und verstanden werden und ihr  
1123 Engagement reale Auswirkungen hat, dann stärkt das langfristig die Demokratie  
1124 und nimmt Wind aus den Segeln der Rechtspopulist\*innen.

1125 Die Welt ändert sich nicht von alleine. Es läuft einiges schief und das wollen  
1126 wir anpacken. Lasst uns die Welt ändern, bevor es andere tun!

**Begründung**

Erfolgt mündlich.